

KLIMAPOLITIKKOMMUNIKATIONSKATASTROPHE

Andreas Wolfsteiner

klima-retten.info – klima-retten@email.de

2017– 2021 Stand: 28.07.2021

Inhalt

These: Wir haben auch ein massives Kommunikationsproblem.....	1
1. „Verzichtsapostel“ vs. „Wohlstandsbewahrer“	2
2. „Einzelne“ vs. „politische Rahmensetzung“	3
3. „Instrumentenmix“ vs. „wirksamer CO ₂ -Preis“	5
4. „Erst die Alternativen“ dann die „Senkung der Emissionen“	6
5. „Anreize“ vs. „Verbote“	6
6. „Das rechnet sich doch noch nicht!“ – Ein Missverständnis	7
7. „CO ₂ -Steuer“ vs. „Emissionshandel“	8
8. Höhe CO ₂ -Preis: Externe Kosten vs. Standard-Preis-Ansatz vs. Vermeidungskosten	9
9. „Internationale Wettbewerbsfähigkeit“ vs. „Vorreiterrolle“	12
10. „Panik“ vs. „kühler Kopf“	13
11. Was unterscheidet die Corona-Krise von der Klimakrise?	13
12. Appell an die Politik: Redet mit uns!	15
13. Zentrale Kommunikationsbausteine zur CO ₂ -Bepreisung	16

These: Wir haben auch ein massives Kommunikationsproblem

Ein wesentlicher Grund, warum wir beim Klimaschutz seit bald 40 Jahren nicht so recht vorankommen, beruht auch auf Kommunikationsproblemen. Wir reden an vielen Stellen einfach sehr oft aneinander vorbei, verfehlen das Thema oder diskutieren nicht die richtigen Schwerpunkte.

Hier sollen Ansatzpunkte gezeigt werden, inwiefern wir diesen Umstand verbessern können. Dabei werden die Themen mitunter absichtlich zugespitzt, um die Punkte deutlicher zu machen.

1. „Verzichtsapostel“ vs. „Wohlstandsbewahrer“

Eine vernünftige Debatte über den Dekarbonisierungsprozess wird oft zerrieben durch die Extreme der ewigen Verzichtsapostel (die schon immer anderen Menschen sagen wollten, was ein glückliches Leben ausmacht) und denjenigen, die Wohlstandsverluste auf jeden Fall ausschließen wollen.

Ein Beispiel für letzteren Fall ist ein Zitat des Wirtschaftsministers Peter Altmaier: „Klimaschutz wird nur dann funktionieren, wenn unser Wohlstand nicht gefährdet wird.“¹ Vor dem Hintergrund, dass wir vor gigantischen Wohlfahrtsverlusten durch einen ungebremsten Klimawandel stehen und es für die Ärmsten der Welt ums nackte Überleben geht, macht einem diese Aussage sprachlos.

Aber auch diejenigen liegen falsch, die den Verzicht an sich erhöhen und zu einer neuen Heilsbotschaft machen wollen. Kapitalismuskritik – wie berechtigt sie auch sein mag – sollte nicht das Thema *Dekarbonisierung* kapern. Das hilft uns im Moment nicht wirklich weiter, sondern führt eher zu einer unfruchtbaren Ideologisierung. Dass ein nicht regulierter Kapitalismus bei der Begrenzung der menschengemachten Erderwärmung versagt, ist eine Binsenweisheit.

Ein Beispiel für einen *Verzichtsapostel* ist der Wissenschaftler Prof. Niko Paech, der sagt: die „radikale Reduktion von Ansprüchen, welche der materiellen Selbstverwirklichung dienen, sei kein Mangel, sondern ein Gewinn.“

Die Realität ist jedoch viel profaner: Wir müssen lernen, dass man mit den Naturgesetzen nicht verhandeln kann. Wir müssen uns politisch auf der Basis des derzeitigen wissenschaftlichen Kenntnisstandes konkrete Reduktionsziele für Treibhausgase setzen und diese dann auch einhalten. Das bedeutet eine gewaltige Transformation in relativ kurzer Zeit, bei der es Verlierer und Gewinner geben wird. Hierbei muss die Politik dafür sorgen, dass starke Schultern mehr tragen als Schwächere. Dabei ist es legitim, womöglich notwendige Wohlstandsverluste durch intelligente Klimaschutzpolitik zu minimieren bzw. Wohlstand in den gegebenen ökologischen Grenzen zu maximieren.

Zweitrangig ist die Frage, ob dabei noch Wachstum in den hoch entwickelten Industriestaaten möglich ist. Die *Wachstumskritiker* zäumen das Pferd von hinten auf. Kein Wachstum bzw. Schrumpfen bedeutet nicht automatisch Nachhaltigkeit. Wachstumskritiker und Wachstumsfanatiker begehen dabei den gleichen Fehler: Sie fixieren ihr Denken auf die Wachstumsziffer des Sozialprodukts. Das ist aber nur eine Kennzahl unter vielen. Es gibt einen erbitterten Theoriestreit, ob es im Kapitalismus einen Wachstumszwang gibt. Der Streit führt uns in der Praxis jedoch nicht weiter. Denn unser Hauptproblem besteht im Moment darin, dass Strukturreformen mit Wachstum politisch leichter durchsetzbar sind, da es leichter fällt zu verhindern, dass jemanden etwas weggenommen werden muss. Wir Wähler müssen uns also fragen, ob wir auch eine Politik mittragen, die mit Verzicht verbunden sein kann.

Wir müssen lernen, „Zukünfte zu vergleichen“, so schwer uns das auch mental fallen mag. Wir müssen vergleichen: Welchen Wohlstand werden wir wohl ohne erfolgreichen Klimaschutz in 2050 haben und welchen mit einer erfolgreichen Begrenzung der Erderwärmung?

Wir werden wohl Konsumverzicht zugunsten zukünftiger Generationen leisten müssen, weil es einfach notwendig ist und nicht, weil es uns vielleicht glücklicher macht. Dabei sollten wir uns einen gewissen „Verzichtsschmerz“ zugestehen, statt uns gegenseitig vorzuwerfen, wir hätten die falschen Bedürfnisse oder würden unsere wahren Bedürfnisse nicht kennen. Winfried Kretschmann bringt es auf den Punkt, indem er fordert: „CO₂-Preis statt Moralleule“.

Es kann auch sein, dass der technologische Wandel, die Digitalisierung, Lebensstiländerungen etc. einen Verzicht gar nicht nötig macht bzw. durch die vielen Veränderungen niemand mehr unterscheiden kann, ob das jetzt noch Verzicht ist oder es sich einfach nur alles geändert hat. Wir empfinden etwas besonders dann als Verzicht, wenn andere, mit denen wir uns vergleichen, sich etwas leisten können und wir eben nicht. Bei einer völlig veränderten Infrastruktur, neuen

¹ Peter Altmaier hat mit seiner [Initiative für eine gesellschaftliche Allianz](#) vorsichtig begonnen, seine Tonalität zu ändern.

Technologien und Lebensstilen könnte die Verzichtfrage an Bedeutung verlieren. Aber am Ende des Tages ist dies alles Spekulation. Der Punkt ist: Wir müssen die Dekarbonisierung wollen, auch wenn damit Verzicht verbunden sein kann.

Jetzt müssen wir uns auf eine schnelle Dekarbonisierung – am besten über einen wirksamen CO₂-Preis mit Klimadividende (Pro-Kopf-Ausschüttung der Einnahmen) – konzentrieren. Dafür brauchen wir jetzt politische Mehrheiten.

Stabile politische Mehrheiten für die Dekarbonisierung werden wir dabei wohl nicht durch „Marketingtricks“ und durch „Halbwahrheiten“ erreichen. Dafür ist die Lage mittlerweile einfach zu ernst. Ein wichtiger Baustein dabei ist, dass die Politik in Demokratien wieder an Gestaltungsmacht zurückgewinnt. Dafür muss sie mit ihren Wählern offen reden. Dazu gehört auch, auf die Chancen der Dekarbonisierung hinzuweisen. Ein umfassender Strukturwandel bietet die Chance der Gestaltung. In welchen Städten wollen wir in Zukunft leben? Wir organisieren wir neue Solidarität? Wie kann Mobilität in ländlichen Räumen erhalten bzw. sogar neu geschaffen werden? Wie können ländliche Räume sonst gestärkt werden? Dies sind nur einige möglicher Fragestellungen. Aber das Reden über Chancen darf eben kein „Marketingtrick“ sein. Auch die Tatsache, dass Zumutungen auf uns zu kommen, muss klar benannt werden.

Die Herausforderung ist so gewaltig, dass wir vielleicht auch eine Art „Schweiß und Tränen“-Ansprache alla Churchill brauchen. Allein die Kohl'schen „blühenden Landschaften“ zu beschwören, könnte jetzt der falsche Ansatz sein. Wahrscheinlich macht es eine gute Mischung.

Wolfgang Schäuble hat ansatzweise schon die richtigen Worte gefunden: „Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble hat die Notwendigkeit des Verzichts betont, wenn die Erderwärmung gebremst werden soll. Der Umstieg in ein klimabewusstes Leben ist zu meistern, wir haben in der Geschichte viel größere Herausforderungen bewältigt“, sagte der CDU-Politiker der *Neuen Osnabrücker Zeitung*.

Falsch wäre aber, den Menschen das Klimapaket der Bundesregierung als soziale Wohltat zu verkaufen. „Es gibt Klimaschutz nicht zum Nulltarif“, sagte Schäuble. Heizen und Tanken würden teurer, auch wenn eine höhere Pendlerpauschale, niedrigere Strompreise und billigere Bahntickets bestimmte Härten abfedern sollten.

„Wir werden unser Leben verändern müssen“, stellte Schäuble klar. Als Beispiel nannte er den Massentourismus. „Sicher ist es ein großes Glück, einfach mal auf die Malediven zu fliegen oder Venedig zu besuchen. Aber künftig sollten wir von diesem Glück sparsameren Gebrauch machen.“

2. „Einzelne“ vs. „politische Rahmensetzung“

Es werden Klimaforscher oder Grünenpolitiker gefragt, wie sie es mit dem Klimaschutz verbinden können, wenn sie nach Spitzbergen zu einer Klimakonferenz oder gar in den Urlaub fliegen. Der Wirtschaftsminister Altmaier wurde im Morgenmagazin beim Thema Klimaschutz als Erstes gefragt, mit welchem Verkehrsmittel er denn ins Studio gekommen sei. Viele Leser fragen sich jetzt vielleicht: Wo liegt das Problem? So diskutieren wir doch seit 40 Jahren über Klimaschutz. Das Problem ist, das unser Klimaschutzdiskurs eine gewaltige Schiefelage hat. Dürfen nur die mehr Klimaschutz fordern, die heute schon so leben, wie wir alle spätestens 2050 leben müssen, nämlich vollkommen dekarbonisiert? Wie sinnvoll sind solche Fragen, wenn z. B. noch gar keine Flüge mit synthetischem Treibstoff angeboten werden, da diese sich bei fehlender politischer Rahmensetzung betriebswirtschaftlich einfach nicht rechnen?

Nein, das kann es nicht sein. Auch jemand mit einem überdurchschnittlichen CO₂-Fußabdruck muss politisch mehr Klimaschutz fordern und umsetzen dürfen. Sonst moralisieren wir uns in eine Sackgasse. Was kommt nach der *Flugscham*? Die *Gefrierschankscham* oder die *Streamingscham*? Winfried Kretschmann hat es einmal auf den Punkt gebracht: „CO₂-Preis statt Moralkeule“. Wir müssen eine kollektive Scham entwickeln, wenn wir es nicht schaffen, uns als Gesellschaft Paris-kompatible Regeln zu geben. Was wir dann brauchen, ist vor allem eine *CO₂-Preis-Scham*, wenn wir es nicht schaffen, CO₂ wirksam zu bepreisen. Die Diskussion über Flugscham etc. kann auch dazu führen, dass wir die falschen Schwerpunkte setzen. Der ein oder andere verzichtet auf eine

Flugreise und vor lauter gutem Gewissen vergisst er seinen Heizungskeller oder Skiurlaub mit dem Auto.²

Die Reise nach New York per Segelboot von Greta Thunberg war für viele eingefleischte Klimaschützer ein starkes Symbol. Aber es war vielleicht das falsche Symbol zum falschen Zeitpunkt, weil es jetzt auf politische Entscheidungen ankommt. Vielleicht wäre es zielführender gewesen, nach New York zu fliegen und klarzumachen, dass die dabei entstandenen CO₂-Emissionen in erster Linie die Politik aufgrund fehlender politischer Rahmensetzung zu verantworten hat. Außerdem wird ein zu großer Teil der Bevölkerung durch derartige symbolische Aktionen eher abgeschreckt, weil sie diese nicht auf ihre Lebenssituation übertragen können: „Soll ich jetzt zur Arbeit segeln?“ könnte die Reaktion sein. Wir brauchen jetzt eine Kommunikation, welche die breite Gesellschaft erreicht.

Auch wenn diese Aktion von Greta Thunberg unter Umständen ein problematisches Signal gesendet hat; ohne Greta Thunberg wären wir heute noch viel weiter von einer erfolgreichen Begrenzung der Erderwärmung entfernt. Die *Fridays-for-Future-Bewegung* könnte im Rückblick einmal als ein *Game Changer* angesehen werden.

Wir müssen uns klar machen, wenn Einzelne – vielleicht auch nur in Teilbereichen – vorbildlich sind, dann ist das gut, damit wir einen Eindruck von den Alternativen bekommen. Allerdings ist dies ein Kennzeichen sozialer Bewegungen in deren Anfangsphase. Heute stehen wir vor der Aufgabe, die Dekarbonisierung massentauglich zu machen. Für eine erfolgreiche Dekarbonisierung bis spätestens 2050 ist daher jetzt die politische Rahmensetzung entscheidend. Kampagnen wie „Klimaschutz, was jeder tun kann“, lenken oft zu sehr davon ab ([hier](#) ein kleines Facebook-Video zu diesem Thema, in dem der Philosoph David Precht sagt: „Wenn jeder bei sich selbst anfängt, dann retten wir die Welt nicht. Wir müssen von dieser Kirchtagsrhetorik wegkommen“).

Wir müssen uns auch klarmachen, dass der Einzelne vor einem Dilemma steht: Klimaschutz ist oft mit privaten Nachteilen verbunden. Wenn man dann die Folgekosten des eigenen Tuns sozialisieren kann, wie dies ohne entsprechende politische Rahmensetzung der Fall ist, dann überfordert klimagerechtes Handeln den einzelnen Bürger, das einzelne Unternehmen und auch sonstige Institutionen und es entstehen auch nicht die notwendigen Strukturen, um klimagerechter leben zu können. Außerdem besteht bei fehlender politischer Rahmensetzung die Gefahr, dass mein persönlicher Verzicht durch Andere wieder konterkariert wird. So könnten die Preise für fossile Brennstoffe sinken, wenn ein signifikanter Anteil der Bevölkerung anfangen würde, auf alte Gewohnheiten zu verzichten bzw. sich umzustellen. Die Folge könnte sein, dass dann weniger klimabewusste Mitbürger mehr aufgrund der gesunkenen Preise für Kohle, Erdgas und Erdöl emittieren.

Dieses Dilemma ist uns vielleicht nicht immer vollkommen bewusst. Aber es ist trotzdem ein Hauptgrund für die große Diskrepanz zwischen unserem Handeln und unserem in weiten Teilen eigentlich vorhandenen Problembewusstsein.

Außerdem verursacht es beim Einzelnen sehr hohe Informationskosten, wenn er bei all seinen täglichen Entscheidungen immer die Klimafolgen mitbedenken sollte. All unser Tun und Lassen ist mit der Verursachung von mehr oder weniger Treibhausgasen verbunden. Es würde uns in den Wahnsinn treiben, wenn wir ständig überlegen müssten, was jetzt für das Klima gut oder schlecht ist. Geben wir CO₂ einen wirksamen Preis, dann signalisieren und die Produktpreise über alle Wertschöpfungsketten hinweg den CO₂-Rucksack des Produkts. Dann können wir abwägen, ob es uns das wert ist oder eben nicht.

Die wichtigste Aufgabe von Politik ist es, gerade solche Dilemmata im Sinne des Gemeinwohls zu überwinden. Wenn Politiker nur eine „Koalition mit dem Volk“ suchen, dann verfehlen sie ihre Aufgabe zu weiten Teilen. Sie müssen auch Überzeugungsarbeit für notwendige politische Rahmensetzungen leisten, die auch wehtun können.

² Der internationale Luft- und Schiffsverkehr hat heute einen Anteil von ca. 3 - 5 % an den globalen CO₂-Emissionen. Keine Frage – auch diese Emissionen müssen wir auf null bekommen.

Wir brauchen also Politiker, die uns die Wahrheit sagen, und wir Wähler müssen die Wahrheit auch hören wollen.

Überlegen Sie mal in Ihrem privaten Umfeld: Wie oft diskutieren Sie über Auto fahren oder stehen lassen, Veganismus, Fliegen etc. Und wie oft über systemische Ansätze, wie eine CO₂-Bepreisung (marktbasierter Ansatz) oder dem schrittweisen Verbot der Verwendung fossiler Brennstoffe (ordnungsrechtlichere Ansatz)? Dabei sind das die entscheidenden Fragen, über die wir gesellschaftlich jetzt diskutieren müssen.

Wir diskutieren Klimaschutz seit bald 40 Jahren viel zu oft auf der Ebene individueller Verhaltensänderungen. Das ist ein wesentlicher Grund, warum unser Erfolg überschaubar ist: Die Wichtigkeit politischer Rahmensetzungen ist darüber nicht so recht ins Bewusstsein gerückt und es hat damit auch der notwendige politische Druck gefehlt. Der Politik war das allerdings auch ganz recht so. So brauchte sie sich nicht die Finger verbrennen. Einige Bereiche der Wirtschaft war es auch recht, da damit ihre Geschäftsmodelle nicht wirklich Gefahr kamen. Wenn nicht klarer benannt wird, auf welcher Ebene wirklich gehandelt werden muss, dann führt dies zu einer [Verantwortungsdiffusion](#).

3. „Instrumentenmix“ vs. „wirksamer CO₂-Preis“

Wenn man in Kreise von Klimaaktivisten die Wichtigkeit wirksamer CO₂-Preise erwähnt, dann muss man sofort betonen, dass man natürlich für einen breiten Instrumentenmix eintritt. Woher kommt dieses selbst auferlegte Denkverbot, dass ein wirksamer CO₂-Preis vielleicht der entscheidende Baustein für einen guten Dekarbonisierungsprozess sein könnte ... ?

Ja, natürlich werden wir immer einen breiten Instrumentenmix brauchen. Aber die Aufgabenzuteilung und die Gewichtung in diesem Konzert der Instrumente ist nicht egal, wenn man den Prozess gut gestalten will. In einem Konzert sollte auch klar sein, wer den Takt angibt bzw. die erste Geige spielt.

Natürlich können wir die Dekarbonisierung auch einfach mit Verboten, Auflagen und Subventionen hinkriegen (mit Appellen sicher nicht). Aber wir sollten uns über die Auswirkungen dieses Weges Gedanken machen. Die Auswirkungen können z. B. sein: wenig Effektivität, wenig Kosteneffizienz, viele Reboundeffekte, viel Gängelung, eine überbordende Bürokratie etc. pp.

Wenn wir uns auf der anderen Seite auf wirksame CO₂-Preise in dem Sinne verständigen könnten, dass diese jeweils ungefähr so hoch sein sollten, sodass wir uns auf einem Paris-kompatiblen Emissionspfad befinden - der politisch entschieden wurde -, dann hätten wir eine hohe Effektivität (Sicherheit bei der Einhaltung unserer Ziele) und eine hohe Planungssicherheit für innovative/kosteneffiziente öffentliche/private Investitionen in eine fossilfreie Zukunft. Unter einem Paris-kompatiblen sinkenden CO₂-Deckel durch einen wirksamen CO₂-Preis bleibt dann noch genug Raum, um mit weiteren Instrumenten den Dekarbonisierungsprozess zu unterstützen, zu erleichtern und auch - wo nötig - im Detail politisch zu steuern.

Damit ein wirksamer CO₂-Preis diese wichtige Lenkungsfunktion übernehmen kann, müssen wir aber gesellschaftlich über dessen Funktionsweise reden und es muss eine möglichst breite Zustimmung dazu vorhanden sein. Eine wichtige Voraussetzung, damit dieser Diskurs überhaupt produktiv in Gang kommen kann, dürfte sein, dass die Einnahmen komplett als Pro-Kopf-Pauschale (Klimadividende) wieder an uns Bürger ausgeschüttet werden. Zwei weitere Voraussetzungen sind, dass sich die Politik mehr traut, darauf hinzuweisen, dass die Dekarbonisierung ein heißer Ritt wird und daher eine hohe Effizienz und Effektivität bei der Umsetzung sehr hilfreich wäre. Und wir müssen die Denkblockade bezüglich eines CO₂-Preis als Leitinstrument unter Klimaaktivisten überwinden. Nachdem die Politik nun jahrzehntelang bei wirksamen Maßnahmen versagt hat, könnte nun auch die Klimabewegung vor der Situation stehen, strukturell bei der Forderung nach wirksamen Instrumenten zu versagen.

Wir bräuchten jetzt eine europäische Zivilgesellschaft, die einen EU-weiten Emissionshandel für alle CO₂-Emissionen ohne Preisobergrenze ab 2023 vehement einfordert, bei dem die Einnahmen am besten auf der Ebene der EU-Mitgliedsstaaten in Form einer Pro-Kopf-Pauschale (Klimadividende) wieder an die Bürger ausgeschüttet werden.

Greta Thunberg und FfF haben uns vor allem die Dringlichkeit des Handelns verdeutlicht. Jetzt bräuchten wir einen ähnlichen heftigen Anstoß beim (drögen) Thema Klimaschutzinstrumente. Es wäre sehr von Vorteil, wenn die Klimabewegung erkennt, dass ein wirksamer CO₂-Preis nichts mit Neoliberalismus zu tun hat, sondern einfach nur ein sehr effektives Klimaschutzinstrument ist mit hilfreichen Nebeneffekten wie Kosteneffizienz, Anreiz zu innovativen Lösungen, keine unnötige Gängelung und wenig Bürokratie. Bei einem wirksamen CO₂-Preis dürfe die Pro-Kopf-Ausschüttung der Einnahmen unverzichtbar sein, um einen effektiven sozialen Ausgleich und breite Akzeptanz für eine ambitionierte Klimapolitik zu gewährleisten. Dabei müsste die Klimabewegung nicht nur gegenüber der Politik entsprechend kommunizieren, sondern hätte auch gegenüber uns Bürgern eine Aufklärungsfunktion.

Nun könnte man sagen, es war nie die Aufgabe von sozialen Bewegungen, konkrete Instrumente anzubieten. Das sei Aufgabe der Politik. Die Herausforderung „Dekarbonisierung in einer relativ kurzen Zeit“, ist jedoch so gewaltig, dass jetzt auch eine soziale Bewegung über sich hinaus wachsen müsste. Die Politik schafft das nicht allein.

Wenn wir eine breite gesellschaftliche Zustimmung zu wirksamen CO₂-Preisen nicht herstellen können (warum auch immer), dann müssen wir es auch nur mit einem lauen CO₂-Preis als weiteres Werkzeug in einem unaufgeräumten Instrumentenkasten hinkriegen. Der Weg wäre deutlich beschwerlicher und unsicherer; aber am Ende zählt, was sich politisch durchsetzen lässt. Nur, was sich politisch durchsetzen lässt, das ist (hoffentlich) keine Konstante. Denken wir nur einmal drei Jahre zurück ... und dann kam FfF. Vielleicht finden wir noch den Mut und die Kraft zu einer angemessenen radikalen Antwort auf die Klimakrise: wirksamer CO₂-Preis.

[Hier](#) ein ausführliches Diskussionspapier zum Thema Klimaschutzinstrumente.

4. „Erst die Alternativen“ dann die „Senkung der Emissionen“

Wir Bürger haben manchmal den impliziten Anspruch an die Politik bzw. die Ingenieure, dass diese zuerst die Alternativen fix und fertig „auf den Hof stellen“ müssen, bevor wirksame Instrumente zur Senkung der CO₂-Emissionen eingeführt werden dürfen. So soll z. B. der ÖPNV perfekt ausgebaut sein, bevor Mobilität auf der Basis fossiler Brennstoffe verteuert werden darf.

So wird es leider nicht funktionieren. Wir müssen uns zuerst auf wirksame Instrumente verständigen, welche die CO₂-Emissionen tatsächlich senken. Dadurch werden wir auch die notwendigen Energien freisetzen, damit die Alternativen Stück für Stück – und auch mit Rückschlägen – Realität werden. Das wichtigste Instrument ist dabei ein kontinuierlich steigender wirksamer CO₂-Preis.

Mit dem menschengemachten Klimawandel hinterlassen wir künftigen Generationen eine hohe Hypothek. Wir haben aber gleichzeitig ein gewaltiges technisches Potenzial aufgebaut, das wir jetzt „nur“ noch über eine wirksame CO₂-Bepreisung in die richtige Richtung lenken müssen.

5. „Anreize“ vs. „Verbote“

Die Union versucht aus parteitaktischen Gründen sich als die großen Ermöglicher darzustellen und die politischen Gegner als Verbotsapostel abzustempeln. Die Realität ist jedoch etwas komplexer. Es gibt positive Anreize, wie Subventionen (EEG, KfW-Kredite, Förderung ÖPNV, Busspurennutzung für E-Autos, etc.) und negative Anreize wie eine CO₂-Bepreisung. Bei positiven Anreizen hat man folgende Probleme (auch, wenn es so „positiv“ klingt):

- Da man das CO₂ nicht direkt angeht, kann man auch nicht sichergehen, dass die CO₂-Emissionen tatsächlich sinken. So sind unsere CO₂-Emissionen trotz EEG viele Jahre nicht wirklich gesunken. Kaufprämien für E-Autos können zum subventionierten Drittauto führen. Mit E-Autos, die mit Kohlestrom fahren, ist nichts gewonnen.
- Subventionen können in der Praxis nicht wirklich technologieoffen sein, da man immer einen Fördergegenstand braucht.

- Reboundeffekte können die Wirkung konterkarieren, weil man eben nicht direkt die CO₂-Emissionen angeht.
- Umstiegshilfen für alle Bürger sind nicht finanzierbar bzw. es besteht die Gefahr einer sozial ungerechten Finanzierung dieser Umstiegshilfen. So ist nicht nachvollziehbar, warum der Vorstandsvorsitzende von VW in seiner Steuererklärung nun eine höhere Entfernungspauschale im Rahmen des Klimapakets der Bundesregierung geltend machen kann. Wenn der Vorstandsvorsitzende von VW dadurch Steuern spart (und er kann viel sparen), dann muss an anderer Stelle irgendjemand mehr Steuern zahlen. Ob das Ergebnis dann gerecht ist, kann man wohl bezweifeln.
- Busspuren für E-Autos freizugeben ist eine schöne Idee. Aber wir müssen ja alle über kurz oder lang auf Alternativen umsteigen. Wenn wir dann alle auf der Busspur im Stau stehen, ist uns nicht geholfen. Wir brauchen auch Lösungen, wenn die Alternativen auf Dauer teurer bzw. unbequemer sind.

Quintessenz: Nur mit positiven Anreizen ist die Dekarbonisierung mit großer Wahrscheinlichkeit nicht zu wuppen. Wer diesen Eindruck erweckt, hat Angst, den Menschen die Wahrheit zu sagen.

Wir haben unter dem Strich de facto nur zwei zentrale Alternativen:

(1) **Verbote (Ordnungsrecht)**

Wir können fossilen Brennstoffen einfach nach und nach ein Ablaufdatum geben. D. h., ab 2030 dürfen z. B. keine Autos mehr verkauft werden, die auf fossile Brennstoffe angewiesen sind, ab 2035 darf es keine Ölheizungen mehr geben, Kohlemeiler gehen mit Entschädigungszahlungen vom Netz (durch den ordnungsrechtlichen Kohleausstieg).

(2) **CO₂-Preis**

Wir geben CO₂-Emissionen einen wirksamen Preis. Die Wirksamkeit ist so zu verstehen, dass wir immer den CO₂-Preis haben, den wir brauchen, um unsere Reduktionsziele einzuhalten.

Was glauben Sie, ist der „smartere“ Weg zur Klimarettung?

Wenn über einen wirksamen CO₂-Preis oder einen ordnungsrechtlichen Ausstieg aus der Nutzung fossiler Brennstoffe die Erreichung der Reduktionsziele gesichert ist, dann kann man sich auch über sinnvolle und finanzierbare positive Anreize unterhalten. Der Staat muss sich dabei vor allem auf soziale Härtefälle konzentrieren.

6. „Das rechnet sich doch noch nicht!“ – Ein Missverständnis

Kerosin aus Algen ist eine Möglichkeit für einen CO₂-freien Treibstoff für Flugzeuge. Den gezüchteten Algen werden dabei Nährstoffe wie Phosphor und Stickstoff entzogen. Weil sie dann keinen Zucker mehr produzieren können, bilden sie Lipide. Diese können mittels eines Katalysators in Kerosin verwandelt werden.

Kerosin kann aber auch über Power-to-Liquid mithilfe von Strom aus Wasserstoff und CO₂ hergestellt werden.

Technisch gesehen ist also die Dekarbonisierung des Flugverkehrs im Prinzip gelöst.

Die Berichterstattung in den Medien über dieses Thema zeigt sich sehr lehrreich. In einem Radiobeitrag wurde ein daran forschender Wissenschaftler gefragt, wann Algenkerosin den zum Einsatz kommen würde. Die Antwort des Wissenschaftlers sinngemäß: Zurzeit koste die Produktion eines Liters Algenkerosins ca. 2 €. Ein Liter herkömmliches Kerosin koste hingegen nur 60 ct. Daher müsse jetzt weiter geforscht werden, um Algenkerosin wettbewerbsfähig zu machen.

Achten Sie einmal darauf: Diese Argumentationskette können Sie an vielen Stellen der Dekarbonisierungsdebatte wiedererkennen. Leider wird sie von Naturwissenschaftlern gern auch gegenüber der Politik kommuniziert. Wo ist das Problem? Natürlich ist es sinnvoll, weiter zu forschen, um z. B. Algenkerosin kostengünstiger herstellen zu können. Aber das ist nicht der Kern des Problems, vor dem wir stehen. Selbst wenn die Alternativen auf Dauer 2 € pro Liter kosten

sollten, müssen wir umsteigen. Fliegen ist dann einfach teuer als heute und wir werden wahrscheinlich dann auch weniger fliegen. Aber was ist die Alternative – ein unbegrenzter Klimawandel?

Die Argumentation des Wissenschaftlers birgt einen weiteren Fallstrick: Vielleicht schafft er es tatsächlich einmal Algenkerosin für 58 ct zu produzieren. Was passiert dann? Die Nachfrage nach Kerosin auf fossiler Basis sinkt und damit auch sein Preis. Vielleicht kostet dann das fossile Kerosin 55 ct. Sollen wir dann wieder warten, bis die Forscher es vielleicht geschafft haben, die Produktionskosten auf 53 ct zu senken?

Sie merken es wahrscheinlich: Das kann es irgendwie nicht sein. Der Weg sollte sein, über einen CO₂-Preis die gesamten volkswirtschaftlichen Kosten beim fossilen Kerosin einzupreisen und über einen kontinuierlich steigenden CO₂-Preis als zentrale Steuerungsgröße unsere CO₂-Reduktionsziele einzuhalten. Durch weitere Forschung und durch Mengeneffekte werden alternative Treibstoffe wahrscheinlich billiger werden. Aber es ist Humbug, mit fossilen Brennstoffen konkurrieren zu wollen, bei denen deren externe Kosten nicht eingepreist sind.

7. „CO₂-Steuer“ vs. „Emissionshandel“

Seit Jahrzehnten ist in Fachkreisen vollkommen unbestritten, dass eine wirksame CO₂-Bepreisung eine [notwendige Bedingung](#) für eine erfolgreiche Dekarbonisierung sei. Eine wirksame CO₂-Bepreisung bedeutet ein effektiver, kosteneffizienter und innovativer Klimaschutz. Nun scheint sich diese Einsicht auch langsam in der Politik durchgesetzt zu haben. Mit dem am 20.09.2019 beschlossenen *Maßnahmenpaket 2030* der Bundesregierung, welches im Vermittlungsausschuss noch einmal entscheidend nachgeschärft wurde, lässt sich ein CO₂-Bepreisungsmodell skizzieren, das langfristig eine wirksame Bepreisung aller CO₂-Emissionen vorsieht. Das Maßnahmenpaket sieht im Zeitraum zwischen 2021 und 2025 eine Art CO₂-Steuer – die wegen der Union nicht so heißen darf – und anschließend einen nationalen Emissionshandel (nEHS) für die Sektoren Wärme und Mobilität vor. Das Problem ist nur: Die wirksame Bepreisung kommt in diesem Maßnahmenpaket zu spät. Vor 20 Jahren wäre dies noch ein großer Wurf gewesen. Heute springt das Klimapakets zu kurz. [Hier](#) Vorschläge für eine Nachbesserung des Klimapakets.

Die gesellschaftliche Debatte über eine CO₂-Bepreisung wird durch einen ideologischen Streit vergiftet: Für Teile der CDU/CSU ist eine CO₂-Steuer reine Planwirtschaft bzw. gehört sie zur „Verbotkultur der Grünen“. Für Teile des linken Spektrums ist der Emissionshandel ein Ausbund an Neoliberalismus. Beide Seiten liegen mit ihrer ideologisch geprägten Einschätzung falsch.

Die CO₂-Steuer und der Emissionshandel sind bei richtiger Ausgestaltung fast wirkungsgleich. Entscheidend ist eben die wirksame Bepreisung von CO₂ und nicht die Tatsache, ob Steuer oder Emissionshandel. Allerdings muss bei einer CO₂-Steuer klar sein, dass diese regelmäßig mit Blick auf das Reduktionsziel angepasst werden muss. Theoretisch ist der Emissionshandel hier zielgenauer.

Im Maßnahmenpaket der Bundesregierung haben wir nun die unschöne Situation, dass für die ersten Jahre ein Fixpreis vorgesehen ist. Dies bedeutet: Es werden Zertifikate zu einem Fixpreis verkauft (ohne Mengenobergrenze). Ohne eine solche Obergrenze hat dieser sogenannte Fixpreis einen Steuercharakter. Im Grundgesetz gibt es aber nur eine begrenzte Anzahl von Steuerarten und eine CO₂-Steuer gehört bisher nicht dazu. Es könnte daher sein, dass für diesen Fixpreis eine Grundgesetzänderung notwendig gewesen wäre. Hätte man stattdessen zum 01.01.2021 eine CO₂-Komponente in der bestehenden Energiesteuer eingeführt, wäre dies rechtlich vollkommen unproblematisch gewesen.

Aber warum lehnt die Union eine CO₂-Steuer so vehement ab? Dafür gibt es zwei Gründe:

(1) **Parteitaktik**

Der Vorschlag für eine CO₂-Steuer kommt historisch eher vom linken politischen Spektrum. Auch jetzt wurde diese vor allem von der SPD und B'90/Die Grünen gefordert. Damit bestand für die Union offenbar die unwiderstehliche Versuchung, kurzfristiges politisches Kapital zu

schlagen, um den Vorschlag einer CO₂-Steuer als Planwirtschaft und Verbotsorgie zu diffamieren.

(2) **Angst vor einer Gelbwestenbewegung**

In der Union (auch in der SPD) herrscht große Angst vor einer Gelbwestenbewegung wie in Frankreich durch eine CO₂-Steuer. Deshalb tendiert man eher zum Emissionshandel mit der Hoffnung, dass ein dort durch Angebot- und Nachfrage sich einstellender CO₂-Preis (Zertifikatspreis) sich weniger zur politischen Skandalisierung eignet. Dabei neigt die Union selbst zu einer Skandalisierung (s. o. *Parteitaktik*), was die Sache nicht unbedingt einfacher macht.

Warum spielte in der Klimaschutzbewegung die CO₂-Bepreisung nicht die entscheidende Rolle?

(1) **Ausbund an Neoliberalismus**

Die Klimaschutzbewegung kommt historisch eher aus dem linken Lager, das einer CO₂-Bepreisung als maßgebliches Klimaschutzinstrument teilweise kritisch gegenübersteht. Bei vielen schwingt das Gefühl mit: „Jetzt soll der verhasste Kapitalismus das Klima retten? Das kann doch nicht sein.“ Oder: „Jetzt wird auch noch der Klimaschutz monetarisiert“. Wenn, dann soll doch wenigstens der Staat den CO₂-Preis über eine Steuer festlegen. In der Vergangenheit wurde im linken Lager auch gerne auf die Einnahmen einer CO₂-Steuer geschickt. Einnahmen werden allerdings auch durch einen Emissionshandel über die Versteigerungserlöse generiert. Die Forderung der SPD und von B'90/Grüne nach einer zumindest teilweisen *Pro-Kopf-Ausschüttung* (Klimaprämie, Energiegeld) zeigt in die richtige Richtung (auch bei der FDP gibt es Forderung nach einer Pro-Kopf-Ausschüttung und nennt es: *Klimadividende*). Also, es tut sich etwas in den politischen Lagern.

(2) **EU-Emissionshandel funktioniert doch nicht**

In der Vergangenheit konnte das linke politische Spektrum auch darauf verweisen, dass „der Emissionshandel doch nicht funktioniert“. Nach einer Reform des EU-Emissionshandels Anfang 2018 hat sich jedoch gezeigt, dass dies nicht am Emissionshandel an sich lag, sondern an der laschen politischen Festlegung der Zertifikatmenge. Wo war eigentlich die Klimaschutzbewegung, als die Zertifikatmenge politisch festgelegt und über die Reform des EU-ETS verhandelt wurde? Da war wenig zu hören.

Man sieht: Eine wirksame CO₂-Bepreisung tut sich auch schwer, weil in der Kommunikation darüber (uralte) ideologische Grabenkriege ausgetragen werden, die mit der Sache wenig zu tun haben.

8. Höhe CO₂-Preis: Externe Kosten vs. Standard-Preis-Ansatz vs. Vermeidungskosten

Es gibt grundsätzlich zwei Herangehensweisen, um den "richtigen" CO₂-Preis zu bestimmen:

- (1) In Höhe der [externen Kosten](#)
- (2) Jeweils so hoch, dass wir unsere Reduktionsziele einhalten ([Standard-Preis-Ansatz](#))

Der erste Ansatz besagt, der CO₂-Preis solle den externen Kosten entsprechen, die eine Tonne CO₂ verursacht. Der Begriff *extern* bedeutet, dass der Markt aus sich heraus aus bestimmten Gründen diese Kosten nicht internalisiert. Die Marktpreise sagen also nicht die ökologische Wahrheit. Dieses Marktversagen kann man theoretisch elegant dadurch lösen, indem der Staat CO₂ dementsprechend bepreist.³

In der Praxis ist der erste Ansatz jedoch problematisch, da man die externen Kosten einer Tonne CO₂ nur sehr grob abschätzen kann.⁴ Außerdem gibt es Bewertungsprobleme von Kosten, die sagen

³ In einer volkswirtschaftlichen Modellökonomie sollte der CO₂-Preis genau den externen Effekten entsprechen, um [Pareto-Effizienz](#) zu erreichen.

⁴ Siehe z.B. „[Ermittlung von Umweltkosten](#)“ durch das Umweltbundesamt: „Wir empfehlen die Verwendung eines Kostensatzes von 195 €₂₀₂₀ / t CO₂ äq für das Jahr 2020 bei einer Höhergewichtung der Wohlfahrt

wir mal erst in 200 Jahren auftreten (Diskontierungsraten?) oder bei der Bewertung eines Menschenlebens. Wie hoch wird der Meeresspiegelanstieg in 200 Jahren tatsächlich sein? Ändern sich Meeresströmungen? Was hätte dies für Folgen? Etc. pp. Außerdem wäre es ökonomischer Selbstmord, die Internalisierung externer Kosten auf einen Schlag umzusetzen.

Daher ist in der Praxis vor allem der zweite Ansatz wichtig. Wir entscheiden – hoffentlich auf wissenschaftlicher Basis – letztendlich politisch über Reduktionsziele und der CO₂-Preis sollte jeweils so hoch sein, dass wir diese Ziele einhalten. Wenn wir uns gesellschaftlich auf solche CO₂-Preise einigen können, dann bietet dies die so wichtige Planungssicherheit für öffentliche und private Investitionen in eine fossilfreie Zukunft. Mit solchen CO₂-Preisen können wir daher die Dekarbonisierung klimapolitisch effektiv und ökonomisch [kosteneffizient](#) steuern.

In der Kommunikation über CO₂-Preise werden nun diese beiden unterschiedlichen Ansätze nicht immer auseinandergelassen, was eher zur Verwirrung beiträgt. Das linke politische Lager tendiert dabei eher zum ersten Ansatz. Das hat wahrscheinlich auch damit zu tun, dass dieser erstens eher mit einer CO₂-Steuer zu korrelieren scheint und dass zweitens die bisher gesetzten Emissionsziele mit guten Gründen als nicht ausreichend erachtet werden. Aus zweitem Grund tut man sich dann schwer, sich mit einem CO₂-Preis anzufreunden, der „nur“ ein unzureichendes Ziel einhält.

Im Sinne einer erfolgreichen Klimapolitik wäre jedoch zu raten, sich mit dem zweiten Ansatz anzufreunden. Dessen Wirkmächtigkeit wäre gewaltig, wenn wir endlich so weit kommen, dass wir gesetzte Klimaziele tatsächlich auch einhalten. Es spricht ja nichts dagegen, parallel ehrgeizigere Ziele zu fordern und dabei kann der erste Ansatz (trotz seiner Unzulänglichkeiten) auch helfen, um zu zeigen, wo wir ungefähr hin müssen. Wichtiger als die geschätzten externen CO₂-Kosten einzupreisen, ist aber die Einhaltung der Pariser Klimaziele und die damit verbundenen naturwissenschaftlichen Grundparameter wie das verbleibende globale CO₂-Budget.

Der erste Ansatz birgt die Gefahr, dass entsprechende Forderungen von 200 € oder gar 700 € nur achselzuckend zur Kenntnis genommen werden – getreu dem Motto „Mag ja sein, aber halt nicht realistisch“ und man dann zur politischen Tagesordnung übergeht. Der zweite Ansatz hat dagegen eine sehr große politische Wirkmächtigkeit.

Auch folgende Überlegung zeigt die Tücken des ersten Ansatzes: Auch wenn wir die Schadenskosten einer Tonne CO₂ genau kennen würden (sagen wir mal 1.000 €), dann kann es sein, dass bereits bei einem CO₂-Preis von z. B. 350 € der Einsatz von fossilen Brennstoffen betriebswirtschaftlich nicht mehr sinnvoll ist und daher kein CO₂-Preis von 1.000 € notwendig ist.

Um Missverständnisse zu vermeiden: Ja, bei der Bepreisung von CO₂ geht es auch darum, externe Effekte bzw. soziale Kosten dem Grunde nach zu internalisieren. Damit übernimmt dann auch jeder Verantwortung für sein Tun, weil er mit den Kosten dieses Tuns konfrontiert wird, und der Dekarbonisierungsprozess wird ökonomisch optimal gesteuert. In der Praxis müssen wir uns aber mit dem Standard-Preis-Ansatz zufrieden geben.

Um die Verwirrung komplett zu machen, sei noch auf einen **dritten Ansatz** hingewiesen, der in den Raum stellt, der CO₂-Preis solle den **CO₂-Vermeidungskosten** entsprechen. Damit wird dann auch oft gefordert, dass es für einzelne Sektoren unterschiedliche CO₂-Preise geben sollte, da die Vermeidungskosten auch unterschiedlich seien. Damit wird z. B. für getrennte Emissionshandelssysteme (EHS) für Wärme/Verkehr und Strom/Industrie geworben, da die Vermeidungskosten bei Mobilität und Wärme höher seien als die in der Stromproduktion.

Der Zusammenhang ist jedoch ein anderer: Bei einem gegebenen CO₂-Preis werden die, deren CO₂-Vermeidungskosten unter diesem Preis liegen, CO₂ vermeiden und die, deren Vermeidungskosten darüber liegen, erst einmal CO₂ nicht vermeiden. Dies hat zur Folge, dass die CO₂-Reduktion insgesamt [kosteneffizient](#) erfolgt. Haben wir wirksame CO₂-Preise in dem Sinne, dass wir bis zur Dekarbonisierung immer den CO₂-Preis haben, der für die Einhaltung der Reduktionszwischenziele notwendig ist, dann können wir für den gesamten Dekarbonisierungsprozess Kosteneffizienz (dynamische Kosteneffizienz) erreichen.

heutiger gegenüber zukünftigen Generationen und eines Kostensatzes von 680 €₂₀₂₀ / t CO₂ äq bei einer Gleichgewichtung der Wohlfahrt heutiger und zukünftiger Generationen“.

Unterschiedliche Vermeidungskosten sind daher grundsätzlich ein **Argument** für einen **einheitlichen CO₂-Preis**; nicht für sektorspezifische CO₂-Preise.

Wahrscheinlich rührt die Fehlinterpretation bezüglich der Vermeidungskosten daher, dass uns die Ökonomie sagt: Bei einem EHS entspricht der sich bildende CO₂-Preis den Grenzvermeidungskosten bei den dem EHS unterliegenden CO₂-Emissionen. Dies bedeutet: Die Kosten der Vermeidung einer weiteren Tonne CO₂ würde genau diesem auf dem EHS-Markt sich gebildeten Preis entsprechen. Dies ist eine allgemeine Eigenschaft von funktionierenden Märkten (Grenznutzen = Grenzkosten = Marktpreis), die wesentlich für die Vorteile von Märkten verantwortlich ist. Da es dem Klima egal ist, wo die CO₂-Emissionen herkommen, kommen diese Vorteile eines CO₂-Preises am besten zum Tragen, wenn es einen einheitlichen CO₂-Preis gibt.

Die Befürchtung, dass bei einem einheitlichen CO₂-Preis in Sektoren mit hohen Vermeidungskosten zu wenig passiert, ist aus zwei Gründen zu relativieren:

- (1) Die Tatsache, dass die Grenzvermeidungskosten zwischen unterschiedlichen Sektoren sich unterscheiden, bedeutet nicht, dass in Sektoren mit hohen Grenzvermeidungskosten nichts passiert. Die Grenzvermeidungskosten der einzelnen Akteure unterscheiden sich auch innerhalb eines Sektors. So kann ein Bürger, zu dessen Arbeitsstelle bereits ein Radschnellweg existiert, sehr niedrige Grenzvermeidungskosten haben. Auch für ein Unternehmen, in dessen Nähe z. B. ein Nahwärmenetz, das mit Geothermie betrieben wird, bereits existiert, kann sehr niedrige Grenzvermeidungskosten haben. Also auch wenn die Grenzvermeidungskosten eines Sektors vielleicht höher sind als der einheitliche sektorübergreifende CO₂-Preis, wird trotzdem auch in diesen Sektoren CO₂ vermieden werden durch die CO₂-Bepreisung.
- (2) Dem Klima ist es egal, wo wir unsere CO₂-Emissionen zuerst senken. Es spricht daher erst einmal nichts dagegen, es dort zu tun, wo dies gesamtgesellschaftlich im Moment am kostengünstigsten ist. Auch mit dem EEG haben wir mit viel Geldeinsatz über die letzten 20 Jahre dafür gesorgt, dass die Grenzvermeidungskosten bei der Stromproduktion im Moment relativ günstig sind. Jetzt sollten wir die Früchte auch ernten und über einen einheitlichen CO₂-Preis insbesondere die Dekarbonisierung der Stromerzeugung (Kohleausstieg) forcieren. Dies gibt auch klimapolitisch Sinn, da wir im Rahmen der Sektorkopplung in Zukunft auch bei Mobilität und Wärme mehr Strom einsetzen werden. Aufgrund des knappen Zeithorizonts, den wir jetzt für die Dekarbonisierung nur noch haben, braucht man dabei keine Angst haben, dass die anderen Sektoren nicht auch wüssten, welche Stunde geschlagen hat. Entscheidend für alle Wirtschaftsakteure ist, dass Planungssicherheit darüber besteht, dass wir in Zukunft unser Gesamtreduktionsziel für CO₂ mit Sicherheit einhalten. Diese Planungssicherheit kann ein einheitlicher CO₂-Preis besser gewährleisten als sektorspezifische CO₂-Preise. Sektorspezifische CO₂-Preise bedürfen Sektorziele. Sektorziele müssen jedoch politisch ausgehandelt werden. Hier können die Wirtschaftsakteure immer noch darauf hoffen, dass ihre Lobby bei dieser Aushandlung einen mildereren Reduktionspfad bewirken kann. Bei einem einheitlichen CO₂-Preis, der sich auf die Gesamtemissionen bezieht, existiert diese Gefahr viel weniger. Bei den Gesamtemissionen ist klar, dass diese Paris-kompatibel sein müssen.

Was natürlich vermieden werden muss, das sind Lock-in-Effekte. Diese können insbesondere bei Langfristinvestitionen in Gebäude oder z. B. bei der Stahlproduktion auftreten. Da die Grundstoffindustrie gleichzeitig einem sehr starken internationalen Wettbewerbsdruck unterliegt, kann es sinnvoll sein, hier Sonderregelungen zu finden (woran ja auch mit Hochdruck gearbeitet wird), da ansonsten die Gefahr besteht, dass die entsprechenden Produktionen einfach bei uns eingestellt werden. Im Gebäudebereich könnte es ausreichen, wenn die Akteure von sektorübergreifenden wirksamen CO₂-Preisen in der Zukunft ausgehen können, um Lock-in-Effekte bei anstehenden Sanierungen und Neubauten zu vermeiden. Außerdem werden ja noch andere Instrumente eingesetzt, um die Dekarbonisierung der Gebäude voranzutreiben. Entscheidend ist, dass ein sektorübergreifender wirksamer CO₂-Preis auf jeden Fall dafür sorgt, dass wir unsere CO₂-Gesamtreduktionsziele einhalten. Darauf kommt es ja letztendlich an.

Ein anderes Problem ist, dass derzeit Vermieter in Hotspots fast jede Miete verlangen können und damit wenig Anreize für eine energetische Sanierung haben können. Die Mietexplosion ist eine der drängendsten sozialpolitischen Fragen unserer Zeit und muss unabhängig von der Klimafrage dringend entschärft werden. Bezahlbarer Wohnraum muss so ausreichend vorhanden sein, dass die Vermieter bei Neuvermietungen mit ihrer Warmmiete untereinander in Konkurrenz stehen. Das hilft dem Klima und den Mietern. Bis es so weit ist, muss für soziale Härtefälle bei einem steigenden CO₂-Preis z. B. das Wohngeld ausreichend und zielgenau ausgebaut werden (vlt. insbesondere für Langzeitmieter). Auch einkommensschwachen und nicht vermögenden Häuschenbesitzern, die sich eine energetische Sanierung nicht leisten können, muss zielgenau geholfen werden. Eine Klimadividende würde Geringverdiener in der Regel vor sozialen Härten bei dem Anstieg der Nebenkosten durch eine CO₂-Bepreisung schützen.

Sektorspezifische CO₂-Preise könnten unter Umständen übergangsweise sinnvoll sein, wenn man davon ausgeht, dass bestimmte Sektoren weniger im internationalen Wettbewerb stehen oder der Wähler dort weniger sensibel reagiert und daher diese Sektoren höhere CO₂-Preise „vertragen“ können. Sonderprogramme und Sonderregelungen für energieintensive Prozesse und die Pro-Kopf-Ausschüttung der Einnahmen aus einer CO₂-Bepreisung (Klimadividende) scheinen aber unter dem Strich der bessere Weg zu sein als sektorspezifische CO₂-Preise.

9. „Internationale Wettbewerbsfähigkeit“ vs. „Vorreiterrolle“

In der klimapolitischen Diskussion schwingen oft zwei idealtypische Grundannahmen über die Realität mit, die aber meist nicht explizit gemacht werden:

- (1) Wir können die Dekarbonisierung auch im nationalen Alleingang durchziehen, weil sich die Alternativen durch vermehrten Einsatz auch (einmal) betriebswirtschaftlich rechnen (werden). Der Rest der Welt wird dann diesem erfolgreichen Weg folgen.
- (2) Wir können die Dekarbonisierung nicht im nationalen Alleingang durchziehen, weil die (heute) bekannten Alternativen auf Dauer betriebswirtschaftlich noch zu teuer sind. Daher brauchen wir zuerst globale Kooperation bzw. wir müssen weiter forschen, bis sich die Alternativen auch betriebswirtschaftlich rechnen.

Leider kann man heute nur schwer entscheiden, welche Grundannahme eher der Realität entspricht. Nimmt man z. B. die Stromerzeugung, so kann man festhalten, dass die Gestehungskosten auf der Basis erneuerbarer Energien massiv gesunken sind – auch ein Erfolg des EEG. Anlagenbetreiber von Offshore-Windparks kommen bald vielleicht sogar mit dem Börsenpreis für Strom zurecht und brauchen daher keine Subventionen mehr. Allerdings kann der Strom für den Nutzer trotzdem betriebswirtschaftlich teurer sein als fossiler Strom, da der Nutzer auch die notwendigen Speicher bei 100 % erneuerbaren Strom über seinen Strompreis bezahlen muss. Es ist heute reine Spekulation, ob 100 % erneuerbarer Strom einschließlich Speicher einmal auch betriebswirtschaftlich günstiger ist als heutiger fossiler Strom. Das ist auch ein entscheidender Denkfehler der zweiten Grundannahme: Es kann sein, dass wir noch so viel forschen können und trotzdem bleiben fossile Brennstoffe betriebswirtschaftlich zu lange günstiger.

Was bedeutet dies für die nationale Klimapolitik? Wir müssen beherzt auf Sicht fahren. Das bedeutet, entschiedene nationale Schritte in die richtige Richtung tun. Wichtigster nächster Schritte sind eine weitere Nachbesserung des Klimapakets in puncto CO₂-Bepreisung und Einnahmeverwendung ([hier](#) ein konkreter Vorschlag). Auf EU-Ebene brauchen wir so schnell wie möglich einen Emissionshandel für alle CO₂-Emissionen, der mit einem Paris-kompatiblen CO₂-Budget für die EU unterlegt ist. Damit wird auch globale Kooperation wahrscheinlicher. Unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit müssen wir dabei im Auge behalten. Als Übergangslösung brauchen wir weiter intelligente Sonderregelungen für energieintensive Prozesse, die besonders im internationalen Wettbewerb stehen bzw. ein Grenzausgleichssystem (*Border Adjustment*). Wir müssen letztendlich daraufsetzen, dass der [Pariser Nachbesserungsprozess](#) ein Erfolg wird; mit in Summe Paris-kompatiblen nationalen Zielen (NDCs).

10. „Panik“ vs. „kühler Kopf“

Greta Thunberg hat viel Aufmerksamkeit damit erreicht, indem sie Panik statt Hoffnung forderte. Schnell kam die Reaktion, dass man doch mit einem kühlen Kopf mehr erreichen könne. Aber warum spricht Greta Thunberg von Panik? Übertreibt sie etwa einfach nur?

Nun, der IPCC hat in seinem Sonderbericht 2018 darauf hingewiesen, dass wir zur Einhaltung der 1,5°C-Grenze ab 2018 noch ein verbleibendes globales CO₂-Budget in einer Größenordnung von 420 Gt hätten (u. a. allerdings mit großen Bandbreiten der Unsicherheiten in beide Richtungen). Wir emittieren derzeit jährlich rund 42 Gt. Der Sonderbericht macht auch deutlich: Jenseits der 1,5°C-Grenze nehmen die Risiken zu, [Kipppunkte im Klimasystem](#) auszulösen, die eine Begrenzung der Erderwärmung auf ein für die Menschheit noch handhabbares Niveau unmöglich machen können.

Wir rasen also mit einem Affenzahn auf eine Wand zu und selbst wenn wir jetzt eine Vollbremsung hinlegen, ist die Gefahr groß, dass der Zusammenstoß nicht mehr verhindert werden kann. Es könnte „nur“ noch darum gehen, den Schaden zu begrenzen.

Vor diesem Hintergrund haben wir jeden Grund, Panik zu empfinden. Und wir sollten uns auch kurz panisch schütteln, um dann mit maximaler Energie und möglichst kühlen Kopf alles Menschenmögliche zu unternehmen, um unseren Kindern und Kindeskindern noch eine gute Zukunft zu ermöglichen. Wer vor dem Hintergrund der bekannten Fakten bei der Klimakrise keinerlei Panik empfindet, der leidet an Realitätsverlust und kann sich bei Honecker und Konsorten einreihen. Oder, um einen ehemaligen Kanzler etwas abgewandelt zu zitieren: Der sollte zum Arzt gehen.

11. Was unterscheidet die Corona-Krise von der Klimakrise?

Warum hat die Kommunikation zwischen Politik und Virologen in der Corona-Krise einigermaßen funktioniert? Warum hat auch die Kommunikation der Politik und der Virologen mit uns Bürgern einigermaßen funktioniert? Warum hat dies alles bei der Klimakrise bisher nicht wirklich funktioniert?

Nun, Corona-Tote kann man zählen und die tauchen auch nicht erst in der überüberrnächsten Legislaturperiode auf. Bilder aus Italien, in denen einem 80-Jährigen das Beatmungsgerät weggenommen werden musste, damit ein 60-Jähriger überleben kann, das sind unmittelbar wirkende erschütternde Bilder. Daher war der Handlungsdruck für die heute agierenden Politiker evident.

Die Toten und das menschliche Elend durch einen ungebremsen Klimawandel sind dagegen nicht so einfach zuzuordnen. Bis vor einigen Jahren waren die negativen Folgen des Klimawandels bei uns noch nicht einmal wirklich spürbar. Auch noch heute gilt: Die wirklich dramatischen Veränderungen stehen uns und insbesondere unseren Kindern und Enkeln noch bevor.

Trotzdem kann die Corona-Krise vielleicht etwas verändert haben. Vielleicht hat die Politik daraus gelernt, dass sie über naturwissenschaftliche Erkenntnisse durchaus mit uns Wählern kommunizieren kann. In der Corona-Krise diskutieren wir über Inzidenzen, Verdopplungszeiten und Reproduktionszahl.

Über was müssen wir in der Klimakrise jetzt politisch bzw. gesellschaftlich reden?

- Wir müssen jetzt auf der Basis des heutigen naturwissenschaftlichen Kenntnisstandes über ein Paris-kompatibles globales CO₂-Budget bis zum Jahr 2100 reden, an dem wir unsere Ambitionen orientieren wollen.
- Wollen wir dabei einen zeitweisen Mengen-Overshoot einkalkulieren?
- Welche Risiken wollen wir insbesondere mit Blick auf die Kipppunkte im Klimasystem eingehen?
- Wie kann man ein globales Budget fair und ökonomisch sinnvoll auf Länder herunterbrechen, um zu Paris-kompatiblen nationalen Zielen (NDCs) im Pariser Ambitionsmechanismus zu kommen?

Aus der Corona-Krise können wir auch lernen, dass wir natürlich auf Fachdisziplinen hören müssen; aber ihnen nicht hörig sein dürfen. Die Naturwissenschaft kann uns z. B. die Entscheidung auf die Frage, an welchem globalen CO₂-Budget bis 2100 wir uns konkret orientieren wollen, nicht vollkommen abnehmen. Erstens, weil die Naturwissenschaft aufgrund der Komplexität des Klimasystems gar keinen eindeutigen konkreten Wert nennen kann und zweitens, weil Politik auch weitere sozioökonomische Faktoren miteinbeziehen muss.

So macht es einen großen Unterschied, ob ein Politiker kommuniziert: „Der IPCC sagt uns, dass wir global 420 Gt einhalten müssen (was der IPCC so nicht sagt) und deshalb fordere ich eine Anhebung des EU-Ziels-2030 auf x %.“ Oder ob er kommuniziert: „Nach Sichtung der vorliegenden naturwissenschaftlichen Erkenntnisse und deren politische Bewertung, sollten wir uns an einem globalen Budget von x orientieren und deshalb fordere ich eine Anhebung des EU-Ziels auf y %.“

Leider haben es die Klimawissenschaftler bisher versäumt, die Politik davon in Kenntnis zu setzen, dass diese jetzt „in die Bütt“ muss. Wir müssen heute Entscheidungen treffen z. B. über EU-Ziele. Wir können nicht darauf warten, bis aus naturwissenschaftlicher Sicht alles geklärt ist. Dann ist es zu spät. Aus der Entscheidung unter Unsicherheit gibt es kein Entrinnen; nicht nur in der Klimafrage.

Unsere [Tools](#), die wir auf unserer [Website](#) anbieten, können bei politischen Entscheidungen helfen und diese dann auch operationalisieren. [Hier](#) bieten wir auf unserer Website weitere Hintergrundinformationen zu verbleibenden globalen CO₂-Budgets und exemplarischen nationalen Reduktionszielen.

Aber noch mal zurück zur Ausgangsfrage: Warum war in der Corona-Krise ein so drastisches Handeln der Politik möglich und in der Klimakrise bisher nicht? Wie schon angedeutet: In der Corona-Krise folgte die Strafe für falsches Handeln auf dem Fuße. Aber selbst in der Pandemie gab es das [Präventionsparadoxon](#). Eigentlich hätte man frühzeitig im Spätsommer 2020 die Kontakte schon massiv beschränken müssen, um eine zweite Welle zu vermeiden. Aufgrund geringer Fallzahlen wäre dies aber politisch nur schwer durchsetzbar gewesen. Erst als die Zunahme der Inzidenzen exponentiell wurde, war die Politik wieder handlungsfähig.

Bei der Klimakrise stehen wir vor einem Problem, für das unser Gehirn eigentlich nicht vorbereitet ist. Für eine erfolgreiche Begrenzung der Erderwärmung kommt es wesentlich auf die nächsten zehn Jahre an. Die möglichen, völlig verheerenden Folgen des Nichthandelns treffen aber erst unsere Nachfahren in vielen Jahrzehnten bzw. gar Jahrhunderten. Diese müssen unter Umständen mit Meeresspiegelanstiegen von mehreren Metern (langfristig über 70 m), Trinkwasserknappheit aufgrund verschwundener Gletscher, extreme Trockenheit und Überschwemmungen, weite Landstriche, in denen menschliches Leben im Freien nicht mehr möglich ist, Zusammenbruch von Ökosystemen, Zusammenbruch der Meeresströmungen mit verheerenden Auswirkungen, o. Ä. fertig werden. Wir könnten eine absolute Apokalypse hinterlassen, die sich so auch Hollywood nicht ausdenken könnte. Aber unser Gehirn schaltet in der Regel ab, wenn wir hören, dass bestimmte Folgen erst in vielen Jahrzehnten oder gar Jahrhunderten auftreten.

Es ist eine offene Frage, ob die Menschheit fähig ist, diese neue Herausforderung überhaupt kognitiv zu bewältigen. Vielleicht haben wir Glück und die Vorboten des Klimawandels, die wir heute schon spüren, reichen aus, um ausreichendes Handeln zu ermöglichen. Vielleicht sollten wir uns in der Kommunikation über den Klimawandel zusätzlich verdeutlichen, dass z. B. 200 Jahre keine Ewigkeit sind. Es sind die Urenkel unserer Kinder, die wir heute in die Welt setzen, die mit den katastrophalen Folgen eines ungebremsten Klimawandels leben müssten bzw. vielleicht nicht mehr überleben könnten. Ist uns das wirklich egal?

Greta Thunberg hat recht, wenn sie sagt: Wir müssen lernen, die Erderwärmung tatsächlich als akute Krise zu begreifen und auch wie in einer Krise zu handeln. In der Corona-Krise haben wir mit guten Gründen Hunderttausende von Arbeitsplätzen aufs Spiel gesetzt und unglaublich viel Geld in die Hand genommen, um die Folgen abzumildern. In der Klimakrise schaffen wir es nicht, bei ca. 20.000 direkt im Braunkohletagebau-Beschäftigten, einen zeitlich angemessenen Kohleausstieg hinzubekommen.

Das ist auch ein Kommunikationsproblem. Viele argumentieren, dass man die Chancen klimaneutralen Lebens in den Vordergrund rücken sollte. Die Frage ist, ob eine solch verengte Perspektive ausreichend Veränderungsbereitschaft erzeugen kann. Aber es stellt sich natürlich auch

die Frage, ob eine umfassende Kommunikation, die Chancen aber auch massive Zumutungen und die massive Dringlichkeit (1,5°C-Grenze: Größenordnung verbleibendes Budget ab 2018 420 Mrd. Tonnen bei rund 42 Mrd. Tonnen jährliche Emissionen zurzeit) thematisiert, uns Bürgern in eine Schockstarre versetzt bzw. einen gewissen Fatalismus auslöst.

Um in ein angemessenes Handeln zu kommen, können uns konkrete Ziele helfen. So ist es zentral, dass wir auf der Basis der heute vorliegenden wissenschaftlichen Erkenntnisse gesellschaftlich in eine Diskussion kommen, an welchem globalen verbleibenden CO₂-Budget bis 2100 wir uns orientieren wollen und was ein solches globales Budget für jedes einzelne Land konkret bedeutet. Die Operationalisierung von Zielen kann uns helfen, die Abstraktheit der Herausforderung zu überwinden.

Der wichtigste Schlüssel zur Überwindung der Corona-Krise ist die Impfung. Die Impfung bei der Klimakrise heißt: wirksamer CO₂-Preis plus Klimadividende.

12. Appell an die Politik: Redet mit uns!

Hören Sie mal ganz genau zu bei Interviews mit Politikern. Immer öfter hört man heraus, dass diese fast flehentlich nach mehr Druck aus der Zivilgesellschaft bitten, da sie sich selbst nicht mehr in der Lage sehen, in der Gesellschaft für schwierige Projekte um Mehrheiten zu kämpfen. Ihre Kommunikations- und Vertrauensreichweite würde dazu heute nicht mehr ausreichen.

Das ist eigentlich eine Bankrotterklärung einer repräsentativen Demokratie. Unser Grundgesetz sieht vor, dass die Parteien um Mehrheiten für Konzepte kämpfen, die nicht nur Partikularinteressen dienen, sondern dem Gemeinwohl. Demokratie ist durch Populismus weltweit unter starken Druck geraten und ist dadurch tatsächlich in Gefahr, an Gestaltungsmacht zu verlieren. Wie konnte es so weit kommen? Jetzt könnte man gleich wieder auf die mutlosen Politiker eindreschen. Aber sollten wir Wähler uns nicht auch selbst mal an der Kandare nehmen und uns fragen, ob wir uns die Politikergeneration, mit der wir jetzt zurechtkommen müssen, nicht selbst herangezogen haben? Haben wir Politiker und Parteien belohnt, die uns von der Notwendigkeit von Strukturreformen überzeugen wollten?

Die Kommunikation läuft derzeit so ab, dass Klimaaktivisten an die Politik appellieren, dass diese doch handeln soll. Die Politik nimmt dies mehr oder weniger zur Kenntnis und überlegt, welche Maßnahmen einigermaßen wirken, ohne dass sie damit die nächste Wahl verlieren. Es fehlt die Kommunikation der Politik (und der Klimaaktivisten) mit den normalen Bürgern über die Herausforderung, vor der wir stehen. Wie sollen die Wähler einschneidende Maßnahmen gutheißen, wenn ihnen vorher nicht reiner Wein eingeschenkt wurde?

Liebe Politiker, auch wenn ihr euch in der Vergangenheit mal eine blutige Nase geholt habt bei dem Versuch, uns Bürgern die ganze Wahrheit zu sagen, probiert es jetzt beim Projekt „Dekarbonisierung“ noch einmal. Die Herausforderung ist so gewaltig, dass wir uns wohl nicht ans Ziel schummeln können. Jetzt ist die Zeit für Wahrhaftigkeit. Redet mit uns und werbt für erforderliche herausfordernde Maßnahmen für das Gemeinwohl. Allerdings erarbeitet euch vorher ein schlüssiges Konzept, das man auch einfach kommunizieren kann. Zum Beispiel: *wirksamer CO₂-Preis mit Klimadividende*. Macht klar: Die Dekarbonisierung ist ein so gewaltiger Transformationsprozess, bei dem es ohne Zumutungen nicht gehen wird. Aber wenn wir jetzt handeln, können wir die Zukunft noch gestalten: In welchen Städten wollen wir leben? Wie soll Mobilität im ländlichen Raum erhalten oder sogar neu ermöglicht werden? In ein paar Jahren werden wir nur noch im Krisenmodus reagieren können.

Statt über Umstiegsprämien und Steuererleichterungen ohne Bedürftigkeitsprüfungen die Bevölkerung beim Klimaschutz bei der Stange halten zu wollen, muss die Politik bei uns Bürgern dafür werben, dass stärkere Schultern auch Zumutungen in Kauf nehmen müssen. Der Staat muss sich bei Hilfen vor allem auf soziale Härtefälle konzentrieren. Nicht jeder Pendler wird durch eine wirksame CO₂-Bepreisung zum sozialen Härtefall. Nicht jeder Hausbesitzer braucht eine staatliche Unterstützung, um eine neue Heizung einzubauen.

Die Bürger spüren die Größe der Herausforderung und spüren auch, dass die Kommunikation der Politik dazu noch nicht so recht passt. Deshalb muss die Politik jetzt die gewaltige Herausforderung klar benennen. Nur so wird die Bereitschaft bei uns Bürgern wachsen, den Weg der Dekarbonisierung mitzugehen; auch wenn dieser nicht immer einfach sein wird. Wenn diese Herausforderung klar benannt wird, dann kann man auch mit gutem Gewissen über Chancen der Dekarbonisierung sprechen.

13. Zentrale Kommunikationsbausteine zur CO₂-Bepreisung

- Wirksamer CO₂-Preis bedeutet ein technologieoffener und kosteneffizienter Klimaschutz ohne unnötige Gängelung und überbordende Bürokratie.
- Mit einem wirksamen CO₂-Preis übernimmt jeder Verantwortung für seinen CO₂-Fußabdruck.
- Wirksame CO₂-Preise lassen sich u. a. mit einer entsprechenden Verwendung der Einnahmen sozial gestalten; am besten die gesamten Einnahmen als Pro-Kopf-Pauschale (Klimadividende) wieder an uns Bürger ausschütten.
- Mit einem wirksamen CO₂-Preis halten wir unsere Reduktionsziele sicher ein und können uns somit auf die Gestaltung der Zukunft konzentrieren.